

Passpartout

?

?

?

Wir basteln uns eine Mehrfachstaatsangehörigkeit

Sie können die eingeklappte Seite des hinteren Umschlags abtrennen und hinter den ausgestanzten Fenstern der Titelseite durchziehen.

Wer wissen will, welche Staaten in unserem Flaggen-Bastelbogen vertreten sind oder mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen sucht, findet sie unter: www.linksfraktion.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit diesem Heftchen treten wir dafür ein, dass Menschen mehr als nur eine Staatsbürgerschaft erwerben dürfen. Hier lebende Türken oder Bosnierinnen sollen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, ohne dafür die ihres Herkunftslandes zu verlieren.

Fahnen werden oft als Symbole für Staatszugehörigkeiten verwendet. Wir wollen Sie animieren, sich Ihre individuelle Mehrfach-Staatsflagge zu basteln. Probieren Sie doch einfach mal aus, welche Staatsangehörigkeiten warum zu Ihnen passen!

Viel Spaß dabei wünscht Ihnen

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



*Der griechische Polizeioberkommissar Vasiliou
hat schon seit 1983 die doppelte Staatsangehörigkeit*

PASSES POUR TOUS!

PÄSSE FÜR ALLE!

In der Bundesrepublik Deutschland leben Menschen aus vielen Staaten der Welt auf Dauer.

Sie arbeiten (oder studieren), haben Kinder (oder keine), jäten Unkraut in ihrem Schrebergarten oder spielen Fußball. Sie engagieren sich im Kirchenchor oder der Bürgerinitiative und bezahlen Steuern und Krankenkassenbeiträge.

Damit tun sie all das, was ihre deutschen Nachbarn auch machen. Aber gehören sie deshalb schon richtig dazu und haben dieselben Rechte und Pflichten?

Nein, die meisten haben sie nicht. Für sie existiert ein ganz gravierender Unterschied: Ihnen fehlt die deutsche Staatsangehörigkeit, der deutsche Pass. Und damit können sie weder wählen noch jeden Beruf ergreifen. Und wenn ihre Kinder mit der Klasse eine Fahrt nach Belgien oder Dänemark machen wollen, benötigen sie als einzige ein

Visum. So erfahren sie jeden Tag, dass sie eigentlich gar nicht dazugehören.

Viele – gerade Kinder und Jugendliche – begreifen sich deshalb auch immer weniger als Teil unserer Gesellschaft. Gegenseitiges Unverständnis, Ausgrenzung und Frustration sind Folgen davon.

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist zur Zeit die einzige Möglichkeit, als gleichberechtigtes Mitglied unserer Gesellschaft zu leben. Deshalb treten wir dafür ein, die Einbürgerung zu erleichtern und auch Mehrfachstaatsbürgerschaften grundsätzlich zu ermöglichen.

Gleiche Rechte für alle, die in Deutschland leben!

Der Status Quo

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist für Ausländerinnen und Ausländer gegenwärtig mit hohen Hürden verbunden:

- Es bestehen hohe rechtliche Anforderungen (lange rechtmäßige Aufenthaltszeiten, gefestigtes Einkommen, Sprach- und Schriftkenntnisse usw.)
- Der Staat verlangt erhebliche Gebühren (Regelsatz: 255 Euro)
- Das Einbürgerungsverfahren ist langwierig
- Die als so genannte Integrationstests getarnten Gesinnungsprüfungen sind vordemokratisch und abschreckend.

Das Haupthindernis auf dem Weg zur Einbürgerung aber ist und bleibt der Zwang, die bisherige

Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes aufzugeben. Damit verbunden sind oft ganz handfeste praktische Folgen:

Erbansprüche und Eigentumsrechte an Grundstücken sind in vielen Staaten an die Staatsbürgerschaft gekoppelt. Das bedeutet, dass z.B. ein türkischer Rentner mit Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft automatisch die türkische Staatsbürgerschaft verliert und damit auf sein Elternhaus in Antalya oder die Erbschaft seitens seiner Tante verzichten muss.

Eine solche Scheinalternative – deutscher Pass oder Haus der Eltern – lehnen wir ab.

Wir fordern statt dessen: Bei Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft muss es möglich sein, die Staatsbürgerschaft des eigenen Herkunftslandes behalten zu können.

Das »Optionsmodell«

Ab 2008 müssen sich Kinder von MigrantInnen, die per Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, nach Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen und ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden – oder aber sie verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit wieder (so genanntes »Optionsmodell«).

Jugendliche, die in Deutschland als Deutsche geboren und aufgewachsen sind, würden damit als Erwachsene unter Umständen wieder zu »Ausländern« und damit zu Bürgern zweiter Klasse. Dies ist in unseren Augen völlig unzumutbar.

Wir fordern deshalb: Sofortige Abschaffung des »Optionsmodells«! Wer in Deutschland geboren wird und hier lebt, soll die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Vorbehaltlos und ohne Widerrufsmöglichkeit.

Dann wachsen Kinder von Anfang an als (rechtlich) Gleiche unter Gleichen auf.

Ein besonderes Problem: Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Mehr als 20.000 bereits eingebürgerte MigrantInnen haben in den letzten Jahren ihre deutsche Staatsbürgerschaft wieder verloren, weil sie ihre alte Staatsangehörigkeit nach dem Jahr 2000 erneut angenommen haben.

Über den automatischen Verlust des deutschen Passes waren sich viele Betroffene dabei nicht im Klaren, da es diesen Automatismus erst seit dem 1. 1. 2000 Dank der rot-grünen Politik gibt.

Die Folgen für die Menschen sind zum Teil dramatisch und reichen bis hin zum Verlust des Aufenthaltsrechts und einer drohenden Ausweisung / Abschiebung.

Wir fordern: Sofortige und unkomplizierte Wiedereinbürgerung der Betroffenen unter Beibehaltung ihrer zweiten Staatsangehörigkeit!



Einbürgerungserleichterungen

Die erleichterte Einbürgerung ist für uns der einfachste Weg zur politischen Gleichstellung und zur Erleichterung einer Integration. Sie beinhaltet das Signal:

»Ihr seid willkommen. So wie ihr seid.«

Wir schlagen vor: Einzige Voraussetzung für eine Einbürgerung soll es sein, dass die Menschen dauerhaft hier leben sowie die Grund-, Bürger und Menschenrechte anerkennen.

Staatsbürgerschaftstests?

- *»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Sozialstaat. Nennen Sie drei Elemente der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland!«*
- *»Wie heißt das Organ der EU, das die Gemeinschaftspolitik plant und die Entscheidungen ausführt?«*

Das sind keine 125.000-Euro-Fragen bei »Wer wird Millionär?« sondern Auszüge aus einem so genannten »Integrationstest«.

Weshalb jemand, der sie beantworten kann, integrierter in unsere Gesellschaft sein soll als jemand, der dies nicht schafft, bleibt im Dunkeln. Zumal die umgekehrte Version viel realistischer sein dürfte: Da die wenigsten Deutschen diese Fragen ohne Joker beantworten können, ist derjenige »integriert«, der das auch nicht kann.

Ungerührt von derartigen Logikproblemen will die Bundesregierung Migrantinnen und Migranten

jetzt einem solchen Staatsbürgerschaftstest unterziehen.

Wir protestieren: Derartige Tests sind unzulässige Gesinnungsschnüffelei und der Ausdruck einer zutiefst abwehrenden Grundhaltung der Bundesregierung.





*In der am 30. Januar 1999 erschienenen ganzseitigen Zeitungs-
anzeige äußern sich Sänger Marius Müller-Westernhagen,
Tennis-Star Boris Becker und Entertainer Thomas Gottschalk:
»Wir wollen stolz sein auf eine moderne, weltoffene Bundes-
republik Deutschland. Dazu gehört auch ein zeitgemäßes
Staatsbürgerschaftsrecht. In vielen Ländern der Welt ist
Einbürgerung selbstverständlich. Dort finden Menschen eine
zweite Heimat, ohne die erste aufgeben zu müssen.«*

Sie haben Bedenken gegen mehrere Staatsbürgerschaften?

»Wer mehrere Pässe hat, ist gegenüber Deutschen bevorteilt.«

Wieso eigentlich? In der Bundesrepublik garantiert ausschließlich der deutsche Pass gleiche Rechte. Ein zweiter Pass ist hier völlig belanglos.

Und im Herkunftsland ergeben sich wiederum aus dem Besitz des deutschen Passes keinerlei »Extrarechte« oder Vorteile. Dort werden InhaberInnen von zwei Pässen ebenfalls »nur« wie »normale« StaatsbürgerInnen behandelt.

»Menschen mit doppeltem Pass sind keinem Staat gegenüber verpflichtet.«

Niemand kann sich bei uns mit Verweis auf eine weitere Staatsbürgerschaft vor »staatsbürgerlichen Pflichten« wie Wehr- oder Zivildienst drücken. Auch Steuern, Renten- oder Kranken-

kassenbeiträge müssen Menschen mit mehreren Pässen in der Bundesrepublik zahlen.

»Menschen mit doppeltem Pass bringen Millionen von Familienangehörigen nach Deutschland.«

Ihre Familie können Menschen, die eingebürgert sind, auch ohne »Doppelpass« nach Deutschland holen. Und das ist auch richtig so – versetzen Sie sich doch mal ganz kurz in die Lage dieser Menschen: Auch Sie würden doch mit Ihrer Familie zusammenleben wollen!

»Menschen mit doppeltem Pass dürfen zweimal wählen.«

Das stimmt. Aber die meisten Länder kennen keine Briefwahl und die meisten Menschen verreisen nicht extra, um in einem Land, in dem sie nicht leben, zu wählen. In der Realität geht es vielmehr darum, dass Menschen mit doppeltem Pass wenigstens *einmal* wählen dürfen. Viele MigrantInnen haben noch nie in ihrem Leben gewählt: Bei uns nicht, weil sie keine StaatsbürgerInnen sind, und in ihrem Herkunftsland wegen der Entfernung

nicht. Zur Integration in eine Gesellschaft aber gehört auch die politische Teilhabe. Je stärker sich jemand als gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft fühlen kann, desto stärker werden sich seine Interessen und sein Handeln auch auf die Belange dieser Gesellschaft konzentrieren.

Wir meinen:

- Alle hier dauerhaft lebenden MigrantInnen sollen den deutschen Pass als Zweitpass erhalten.
- Die Einbürgerung soll erleichtert werden, ohne Tests und bürokratische Hürden.

Denn es gibt viele gute Gründe, allen hier lebenden Menschen gleiche Rechte zu geben.

Setzen auch Sie sich dafür ein!

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Herausgeber Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fon 030 22751170
fax 030 22756128
fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Datum September 2006

Gestaltung Michael Pickardt

Fotos AP (2), dpa (9, 11, 12)



»Gerade wenn man europäisch denkt, wenn man über den Nationalstaat hinaus denkt, dann sollte man – ich will mich übertrieben ausdrücken – die mehrfache Staatsangehörigkeit geradezu begünstigen. Jedenfalls sollte man sie nicht ausschließen.«

Carlo Schmid, einer der Väter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat (Protokoll vom 19. Januar 1949)